Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU***Jugend-Diversions-Projekt „Teen-Court“ als ergänzender Baustein zur Prävention von Jugend- und Kinderdelinquenz***

Der Prävention und der strafrechtlichen Verfolgung von Jugend- und Kinderdelinquenz gebühren besondere Anstrengungen von Politik, Jugendhilfe und Justiz. Dabei sind insbesondere auch neue Instrumente in Erwägung zu ziehen und zu erproben, die den Erziehungsgedanken des Jugendgerichtsgesetzes einerseits und klassische Instrumente staatlicher Reaktion auf abweichendes Sozialverhalten andererseits miteinander verknüpfen.

In den letzten Jahren wurden in einigen bayerischen, hessischen und einzelnen anderen Städten Modelle der so genannten Teen-Courts erprobt. Dabei handelt es sich um ein aus Jugendlichen zusammengesetztes Gremium, das als Ergebnis eines umfassenden Gesprächs mit einem jugendlichen Straftäter Erziehungsmaßnahmen beschließt. Im Rahmen von § 45 Abs. 2 Jugendgerichtsgesetz kann die Staatsanwaltschaft bei Durchführung dieser Erziehungsmaßnahmen von der Verfolgung absehen (Diversion). Das Konzept lehnt an die Praxis der amerikanischen Teen Courts an, aber im Gegensatz zu den amerikanischen Modellen soll keine Gerichtssituation simuliert werden. Im Mittelpunkt des in Deutschland entwickelten Verfahrens steht vielmehr ein ausführliches Gespräch über die Tat und die daraus entstehende Entwicklung eines Vorschlags für eine dem Tatgeschehen angemessene Reparationsleistung. Voraussetzung in den bisher durchgeführten Projekten ist zumeist, dass es sich um einen Fall leichter Kriminalität handelt, der jugendliche Täter bzw. die Täterin geständig ist und freiwillig am Gespräch teilnimmt und dessen abschließenden Vorschlag akzeptiert. Das Gremium setzt sich aus drei Jugendlichen zusammen, die zuvor ausgewählt, durch ein Kursprogramm vorbereitet wurden und von Mitarbeitern der freien Jugendhilfe bei der Ausübung ihrer Tätigkeit betreut werden. Geeignete Fälle werden von der Polizei vorgeschlagen und von der Staatsanwaltschaft im Rahmen reiner Diversion zugewiesen.

Für die Idee dieses Diversions-Projektes wird angeführt, dass Jugendliche die Lebenswelt gleichaltriger Täter besser kennen und daher sowohl leichter die Hintergründe und Motive einer Tat erfassen als auch angemessenere Maßnahmen zur Erziehung festlegen können. Für die Seite des Täters wird davon ausgegangen, dass die Meinung Gleichaltriger von besonderer Wichtigkeit ist und der Entscheidung des Gremiums daher eine größere Akzeptanz entgegen gebracht wird. Schließlich profitieren zum einen die jugendlichen Mitglieder des Gremiums davon, Verantwortung zu übernehmen, und erfolgt auf diese Weise zum anderen eine Auseinandersetzung mit den Ursachen und dem Umgang mit Jugendkriminalität, welche in Schule und Öffentlichkeit ausstrahlt.

Hinsichtlich der Auswirkung der Entscheidungen auf die Rückfallhäufigkeit existieren keine repräsentativen Zahlen. Es liegen aber Anhaltspunkte dafür vor, dass im Vergleich zu jugendlichen Straftätern, deren Taten auf übliche Weise verfolgt werden, die Rückfallhäufigkeit um die Hälfte reduziert ist.

Vor diesem Hintergrund fragen wird den Senat:

1. Welche Einrichtungen und Projekte beschäftigen sich in Bremen und Bremerhaven mit Maßnahmen zur Prävention von Jugendkriminalität und zur Streit-schlichtung unter Jugendlichen? Wie beurteilt der Senat die Erfolge dieser Ein-

- richtungen und Projekte? Wie beurteilt der Senat die Möglichkeiten dieser Jugend-Diversions-Projekte im Hinblick auf den Umgang mit Jugendkriminalität?
2. Wie beurteilt der Senat die Möglichkeiten dieser Jugend-Diversions-Projekte im Hinblick auf die Auswirkungen auf deren Mitglieder, auf die präventive Wirkung und auf die Auseinandersetzung mit Jugendkriminalität in der Öffentlichkeit?
 3. Wie sollte ein entsprechendes Modell in Bremen hinsichtlich der Auswahl geeigneter Fälle ausgestaltet sein?
 4. Wie könnte eine Auswahl der Mitglieder dieser Jugend-Diversions-Projekte erfolgen, und dabei insbesondere ausgeschlossen werden, dass sozial privilegierte Jugendliche über Jugendliche aus sozial schwächeren Verhältnissen entscheiden?
 5. Wie könnte eine vorbereitende und begleitende Betreuung der Projekte gestaltet werden?
 6. Wie sollte das Verfahren der Entscheidungsfindung im Einzelnen geregelt werden, und wie können diskriminierende Erziehungsmaßnahmen ausgeschlossen werden?
 7. Welche Verfahrensweisen zur Umleitung des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens an die Jugend-Diversions-Projekte sind erforderlich?
 8. Wie beurteilt der Senat die Kosten dieses Jugend-Diversions-Projekts auch im Verhältnis zu den Kosten eines staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens?
 9. Besteht nach Ansicht des Senats eine Möglichkeit der Erzielung von Synergieeffekten mit den bereits bestehenden Einrichtungen des Täter-Opfer-Ausgleichs?
 10. Welche Vorstellungen gibt es hinsichtlich der Zusammensetzung dieser Jugend-Diversions-Projekte, ihrer Vorbereitung und Begleitung, des Ablaufs der Sitzungen, und wie sollten die möglichen zu verhängenden erzieherischen Maßnahmen im Einzelnen ausgestaltet sein?

Wolfgang Grotheer, Hermann Kleen, Ulrike Hövelmann, Dr. Joachim Schuster,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Sibylle Winther, Michael Bartels, Rolf Herderhorst,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU